



HALT!
GRENZKONTROLLE
AUSWEISPAPIERE
BEREIT HALTEN!

CLAUDIA LEPP

Wege in die DDR

West-Ost-Übersiedlungen
im kirchlichen Bereich
vor dem Mauerbau



Wallstein

Claudia Lepp
Wege in die DDR

Claudia Lepp
Wege in die DDR

West-Ost-Übersiedlungen im kirchlichen
Bereich vor dem Mauerbau



WALLSTEIN VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2015

www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Aldus und der Frutiger

Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, SG-Image

Umschlagfotos: Deutsch-deutsche Grenze bei Heldra 1952, Bundes-
archiv, oben: Bild F000250-0050, unten: Bild F000250-0041

Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN (Print) 978-3-8353-1735-2

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-2846-4

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	9
1. Der Pfarrermangel in der Sowjetischen Besatzungszone – Ursachen und Gegenmaßnahmen	21
2. Die Politik der DDR gegenüber West-Ost- Übersiedlern im kirchlichen Bereich	39
2.1 Das staatliche Vorgehen gegenüber der kirchlichen Zuwanderung in der Phase grundsätzlich restriktiver Zuzugspolitik (1949-1952)	39
2.2 Die staatliche Haltung zur kirchlichen Zuwanderung während der allgemeinen Zuzugs- und Rückkehrförderung 1953	55
2.3 Restriktionen für kirchliche Zuwanderer seit 1954	59
3. Die Haltung der Kirchen zur West-Ost- Wanderung in ihrem Bereich	77
3.1 Die Werbung um Zuzug und der Kampf um die Rückkehrer (1949-1953)	77
3.2 Ein Spalt im Eisernen Vorhang: Der kirchliche Rückruf in den Jahren 1953 und 1954	97
3.3 Der Kampf gegen die Zuzugssperre	107
4. Die Sondersituation der Exklaven westdeutscher Landeskirchen	113
4.1 Die Evangelische Kirche von Kurahessen-Waldeck	113

4.2 Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannovers	116
4.3 Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig	119
5. Die Übersiedler	121
5.1 Die Situation in der Ausgangs- und Aufnahmegesellschaft	121
5.2 Die Neuzuziehenden	132
Umfang, Phasenverlauf und regionale Schwerpunkte . . .	132
Das soziodemographische Profil	134
Die Motivstruktur	136
Die Integration	146
Rückwanderungen in die Bundesrepublik	149
5.3 Die Rückkehrer	158
Umfang, Phasenverlauf und regionale Schwerpunkte . . .	158
Das soziodemographische Profil	160
Die Motivstruktur	161
Die Integration	172
Erneute Rückwanderungen in die Bundesrepublik	179
 Schlussbetrachtungen: Eine Migration besonderer Art?	 183
 Tabellen und Diagramme	 189
 Abkürzungen	 201
 Quellen und Literatur	 202
 Personenverzeichnis	 222

Vorwort

Mit diesem Buch soll ein fast vergessenes Geschehen im geteilten Deutschland in Erinnerung gerufen werden. Denn während die Ost-West-Wanderung von Pfarrern in Wissenschaft und Erinnerung präsent ist, gilt das Gleiche für die Übersiedlung von der Bundesrepublik in die DDR im kirchlichen Bereich nicht.

Die Idee zu dieser Arbeit entstand im Anschluss an ein Forschungsprojekt über »Die Rolle der evangelischen Kirche im geteilten Deutschland«, das die Evangelische Kirche in Deutschland von 1996 bis 2001 förderte. Die Studie steht somit in einem kontinuierlichen Forschungszusammenhang zur Geschichte des Protestantismus während der Zeit der deutschen Teilung, der von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte getragen wird. Dieser gilt zuvörderst mein Dank dafür, dass sie dieses Buch ermöglicht hat.

Bedanken möchte ich mich besonders bei den zahlreichen Zeitzeugen, die bereitwillig über ihren Weg in die DDR Auskunft gaben. Die Studie basiert zudem auf umfangreichem archivalischem Material. Für die Begleitung der Archivarinnen und Archivare auf der Spurensuche nach Quellen schulde ich ihnen Dank, insbesondere Dr. Christa Stache und Dr. Peter Beier vom Evangelischen Zentralarchiv in Berlin. Aus der Perspektive des Zeitgenossen hat Prof. Dr. Harald Schultze das Manuskript gelesen; hierfür und für das langjährige Interesse an diesem Projekt sei ihm herzlich gedankt. Aus der Perspektive des Zeithistorikers las mein Mann, Prof. Dr. Edgar Wolfrum, den Text. Dafür und für vieles andere danke ich ihm sehr.

*München im Februar 2015
Claudia Lepp*

Einleitung

Das deutsch-deutsche Wanderungsgeschehen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verlief vornehmlich in eine Richtung: von Ost nach West. Schon vor der Gründung der DDR verließen über 800.000 Menschen die sowjetisch besetzte Zone.¹ Die größte Zahl der Abwandernden stellten in den ersten Nachkriegsjahren die weiterziehenden Heimatvertriebenen, die sich in Westdeutschland bessere Lebensmöglichkeiten erhofften.² Daneben setzten sich in dieser frühen Phase vor allem ehemalige Nationalsozialisten, entlassene Beamte aus Verwaltung und Justiz, enteignete Großgrundbesitzer und Industrielle in den Westen ab. Insbesondere nach 1947 nahm die Anzahl der ökonomisch und politisch motivierten Migranten stark zu.³

Das SED-Regime sah in der Abwanderung bis 1951 noch kein Problem, sondern wertete sie teilweise sogar als eine soziale und politische Entlastung.⁴ Die offizielle Propaganda diskreditierte die Flüchtlinge als ›Kriminelle‹, ›Asoziale‹ und ›Saboteure‹, die angeblich keinen Verlust für die DDR darstellten.⁵ Die Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften und insgesamt von Menschen überwiegend im erwerbsfähigen Alter war jedoch de facto ein wirtschaftlicher Schaden. Aber erst Anfang der 1950er Jahre erkannte die SED-Führung, dass die Massenauswanderung nicht nur das internationale Ansehen der DDR beschädigte, sondern auch ein gesellschaftliches Problem darstellte.⁶ Die Reaktion darauf war eine Mischung aus repressiven und integrativen Maßnahmen.⁷

1 Heidemeyer, *Flucht*, 43. Einen guten Überblick über Flucht und Aufnahme bis zum Mauerbau bietet Gehrman, *Überwindung*. Diesem wird in Teilen hier gefolgt.

2 Vgl. die Tabelle bei Heidemeyer, *Vertriebene*, 239.

3 Bethlehem, *Heimatvertreibung*, 47.

4 Schumann, *Ost-West-Migration*, 23.

5 Bispinck, »Republikflucht«, 290.

6 Van Melis / Bispinck, »Republikflucht«, 122.

7 Bispinck, »Republikflucht«, 291.

Mitte 1952 riegelte sich die DDR nach außen ab und trieb nach innen den bereits eingeleiteten politischen, ökonomischen und sozialen Transformationsprozess beschleunigt voran. Dies hatte zur Folge, dass die Fluchtbewegung in Richtung Westen anwuchs und alle Berufsgruppen und gesellschaftlichen Schichten erfasste. Seit September 1952 begann das Politbüro über die »Bekämpfung der Republikflucht« nachzudenken und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dennoch verließen bis Ende 1952 mehr als 180.000 Menschen die DDR.⁸ 1953 waren es mehr als 330.000 Bürger. Auslöser hierfür war die politisch und wirtschaftlich angespannte Situation vor dem Volksaufstand am 17. Juni 1953. Nach einem kurzfristigen Rückgang der Abwanderung infolge des Passgesetzes vom 15. September 1954 stieg die Zahl der Abwanderer 1955 insbesondere durch Ausnutzung des innerdeutschen Reiseverkehrs bereits wieder auf etwa 250.000 Personen an. 1956, im Jahr des niedergeschlagenen Volksaufstandes in Ungarn, waren es knapp 280.000. Die Zahl hielt sich bis 1958 bei über 200.000 Menschen im Jahr.⁹ Ende 1957 wurde das Grenzregime weiter verschärft. Seitdem drohten bei »unerlaubtem Grenzübertritt« Geldstrafen oder Gefängnis bis zu drei Jahren. 1959 verbesserte sich die Lebenslage in der DDR und die Zahl der Abwanderer sank auf 140.000 Personen.¹⁰ 1960 verließen allerdings bereits wieder knapp 200.000 Menschen den ostdeutschen Teilstaat. Dazu trug eine erneute Versorgungskrise bei, die nicht zuletzt aus der Flucht vieler Bauern resultierte. Bis zum Mauerbau setzten sich 1961 über 150.000 Menschen in den Westen ab.¹¹ Diese Entwicklung resultierte auch aus der verbreiteten Befürchtung, dass die Grenze bald »dichtgemacht« würde.

Das Auf und Ab der Flüchtlingszahlen lässt sich nicht monokausal erklären, da immer viele Faktoren gleichzeitig wirkten.¹² Insgesamt dürften in den fünfziger Jahren aber wirtschaftliche

8 Schumann, Ost-West-Migration, 18 f.; Wendt, Wanderungen, 390.

9 Zahlen nach Gehrman, Überwindung, 82 f.

10 Vgl. ebd., 87.

11 Vgl. ebd., 88.

12 Vgl. hierzu Schumann, Flucht, 2360-2366.

Gründe für das Verlassen der DDR überwogen haben.¹³ Zwischen 1951 und 1961 wanderte knapp jeder sechste Bewohner des ostdeutschen Teilstaates in Richtung Bundesrepublik ab.¹⁴ Sein Ende fand dieser Massenexodus erst mit dem Bau der Berliner Mauer.

Die Fluchtbewegung aus der SBZ/DDR stellte für die Kirchen ein mehrdimensionales Problem dar.¹⁵ Als letzter Klammer im geteilten Deutschland konnte der gesamtdeutschen Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) an einer »Wiedervereinigung« im Westen nicht gelegen sein. Für die ostdeutschen evangelischen Kirchen bedeutete ein »Ausbluten« der DDR auch ein Rückgang an Gemeindegliedern und damit eine Schwächung der Position der Kirche, die in einem sozialistischen Staat ihre Autonomie und gesellschaftliche Position zu behaupten suchte. Vor allem aber die Abwanderung ihrer Amtsträger konnten die ostdeutschen Kirchen als ein destabilisierendes Moment nicht widerspruchslos hinnehmen. Trotz Verständnis für individuelle Notlagen gaben sie hier letztlich dem kirchlichen Interesse den Vorrang. Dabei wurde das institutionelle Interesse zunehmend theologisch legitimiert. Dieser Prozess war nicht unumstritten, wurde aber letztlich doch von den Kirchen in Ost- und Westdeutschland gemeinsam getragen.

Parallel dazu verlief die sozialdiakonische Arbeit an den DDR-Flüchtlingen. Hier hatte die Notlage der Flüchtlinge Priorität, hier dominierte die christliche Beistandspflicht für Zufluchtsuchende. Dass damit auch ein missionarischer Impuls verbunden war, ist für die fünfziger Jahre nicht weiter überraschend. Mit konjunkturellen Schwankungen blieben die Abwanderung aus der DDR und die Lage der Zuwanderer in der Bundesrepublik bis zum Ende des zweiten deutschen Staates für die evangelischen Kirchen ein kirchenpolitisches und ein sozialdiakonisches Thema.

13 Roesler, Ursachen, 21.

14 Bispinck, »Republikflucht«, 307.

15 Vgl. zum Folgenden Lepp, Abwanderung, 97. Zur Flucht und Übersiedlung von Pfarrern vgl. auch Schulze, Gehen; zur Haltung der evangelischen Kirche gegenüber der Ausreise aus der DDR in den achtziger Jahren vgl. Dippel, Bleibe.

Entgegen dem Hauptmigrationsstrom von Ost nach West wanderten zwischen 1950 und 1961 insgesamt 400.315 (BRD-Statistik) bzw. 602.713 (DDR-Statistik) Menschen aus der Bundesrepublik in die DDR ab.¹⁶ Die Zählungen divergieren zwischen Ost und West, da die DDR aus politischen Gründen darum bemüht war, den Umfang der West-Ost-Migration möglichst hoch zu beziffern, wohingegen die Bundesrepublik daran interessiert war, ihn möglichst niedrig erscheinen zu lassen.¹⁷ Insbesondere während der fünfziger Jahre waren die Übersiedler in die DDR wichtige Objekte im deutsch-deutschen Propagandakrieg. Sie stellten für Ost wie West »nicht nur eine Sicherheits-, sondern auch eine politische Prestigefrage« dar.¹⁸

Die Mehrzahl der Übersiedler waren nicht Neuzuziehende, sondern sogenannte Rückkehrer,¹⁹ d.h. Personen, die die DDR verlassen hatten und nun dorthin zurückkehrten.²⁰ Für die West-Ost-Wanderer spielten vornehmlich familiäre, persönlich-private und wirtschaftliche Motive eine Rolle für ihre Migrationsentscheidung.²¹ Überwiegend waren es Männer im erwerbsfähigen Alter, welche in die DDR wechselten.²² Im zeitlichen Verlauf der Zuwanderungsbewegung stellte sich eine deutliche Verflachung der Qualifikationsstruktur ein, so dass die durch Westabwanderung in der DDR vakant gewordenen Positionen bei besonders qualifizierten Berufen nur in sehr geringem Maße durch West-Ost-Migranten ersetzt werden konnten.²³

16 Schmelz, Migration, 39.

17 Vgl. ebd., 34.

18 Stöver, Zuflucht, 15.

19 Die Begriffe »Rückkehrer« und »Zuziehende« waren die Verwaltungsbezeichnungen für diese Personengruppen in der DDR. In der Bundesrepublik wurden die Bezeichnungen »Rückwanderer« bzw. »Fortziehende aus der BRD« verwendet. Vgl. Schmelz, Migration, 28f. Die Begriffe »Rückkehrer« und »Zuziehende« werden in dieser Arbeit wertneutral gebraucht. Der Begriff »Übersiedler« wird als Oberbegriff für beide Gruppen verwendet.

20 Zwischen 1954 und 1961 waren es durchschnittlich 65,93 % Rückkehrer und 34,07 % Neuzuziehende. Vgl. ebd., 40.

21 Vgl. ebd., 48.

22 Vgl. ebd., 57.

23 Vgl. ebd., 62, 70.

Das SED-Regime verfolgte eine ambivalente Politik gegenüber den West-Ost-Migranten. Während es zwischen 1949 und 1951 den Zuzug restriktiv regulierte, vollzog sich von Herbst 1952 bis Frühjahr 1953 in der DDR-Spitze eine Kehrtwende.²⁴ In Reaktion auf die Abwanderungskrise setzte im Herbst 1952 eine gezielte Zuzugsförderung von Facharbeitern und hochqualifizierten Fachkräften aus der Bundesrepublik ein. Im Juni 1953 wurde auf Druck der Sowjetunion mit einer Rückkehrförderung begonnen. Die Hochphase der allgemeinen West-Ost-Migration lag zwischen 1954 und 1957. In diesen Jahren betrieb die DDR eine fördernde Zuzugs- und Rückkehrpolitik und warb mit Arbeitsplätzen und Sozialleistungen.²⁵ Jährlich wechselten in diesem Zeitraum mehr als 70.000 Menschen in die DDR.²⁶

Seit Mitte der fünfziger Jahre herrschte in der DDR die Befürchtung, dass durch die großzügige Aufnahmepolitik immer mehr »asoziale und kriminelle Elemente« ins Land kämen.²⁷ 1957 erfolgten dann einschneidende Restriktionen in der Aufnahmepolitik, die vor allem mit der Sorge um die »schlechte« Qualität der West-Ost-Migranten begründet wurden.²⁸ Arbeitskräftepolitisch war die West-Ost-Migration aus der Bundesrepublik aber seit den späten fünfziger Jahren von großer Bedeutung, da sie bei anhaltendem Arbeitskräfteverlust noch immer die nahezu einzige Quelle zusätzlicher Beschäftigter von außen darstellte.²⁹ Daher wurden im Frühjahr 1959 die restriktiven Aufnahmebedingungen des Jahres 1957 zu großen Teilen widerrufen. Die bis Ende der fünfziger Jahre gegenüber West-Ost-Migranten praktizierte Werbepolitik wurde aufgrund der andauernden Schwierigkeiten bei der Integration der Zuwanderer aber brüchig und wich einer schleichenden Abschottung. Im Jahr 1960 revidierte die SED ihre Werbepolitik und

24 Vgl. auch zu Folgenden ebd., 134.

25 Vgl. ebd., 43.

26 Vgl. ebd., 40.

27 Vgl. ebd., 173.

28 Vgl. ebd., 174. Am 26.8.1957 erließ der Minister des Innern Karl Maron die Dienstanweisung 7/57 über Rückkehrer und Erstzuziehende als »Vertrauliche Verschlusssache B 3/1-730/57«. Vgl. Budde, DDR-Rückkehrer.

29 Vgl. hierzu und zum Folgenden Schmelz, Migration, 212.

baute ein striktes Aufnahme- und Überwachungsregime über West-Ost-Migranten auf.³⁰ Sehr viele West-Ost-Migranten wurden wieder abgeschoben, noch mehr hingegen kehrten der DDR aus eigenem Entschluss den Rücken.

Die West-Ost-Migration im geteilten Deutschland wurde von der historischen Forschung lange Zeit kaum beachtet. Inzwischen liegen nun einige Arbeiten vor.³¹ Was bislang jedoch weiterhin fehlt, ist eine Untersuchung über das Wanderungsverhalten einer Berufsgruppe.³² Hier setzt die vorliegende Studie an und beschäftigt sich mit der West-Ost-Übersiedlung von evangelischen Theologiestudierenden, Vikaren und Vikarinnen, Pfarrern sowie Diakonen und Diakonissen, die bis zum Bau der

30 1. Ergänzung zur Dienstanweisung des Ministers des Innern Nr. 7/57 vom 22.10.1960 zur Vertraulichen Verschlusssache B 3/1-730/2/57. Vgl. Budde, DDR-Rückkehrer.

31 So konzentriert sich Jens Müller in seiner Dokumentation aus dem Jahr 2000 auf die Aufnahmeheime und Bezirksheime für Übersiedler sowie auf das Verhalten der Sicherheitsorgane gegenüber den Rückkehrern und Zuziehenden (Müller, Übersiedler). Andrea Schmelz analysiert in ihrer 2002 erschienenen historischen Dissertation vornehmlich das politische Handeln von Politik und Verwaltung der DDR gegenüber der West-Ost-Migration während der fünfziger und sechziger Jahre. Daneben gibt sie auch Hinweise auf die Soziographie und Motivlage der Übersiedler (Schmelz, Migration). Cornelia Röhlke baut in einem Aufsatz auf diesen Ergebnissen auf und weitet den Untersuchungszeitraum mithilfe von Interviews bis in die achtziger Jahre aus (Röhle, Entscheidung). 2009 erschien die Monographie von Bernd Stöver. Der Historiker beschreibt die Motive der West-Ost-Übersiedler, die Modalitäten ihrer Aufnahme und Verteilung sowie die Instrumentalisierung dieser Gruppe durch die beiden deutschen Staaten im Kalten Krieg. In einem zweiten Teil erzählt er die Biographien von neun prominenten West-Ost-Migranten (Stöver, Zuflucht). Der Journalist Ulrich Stoll schildert in einem schmalen Band anhand von MfS-Unterlagen und Zeitzeugeninterviews elf Zuwanderergeschichten vornehmlich aus den achtziger Jahren (Stoll, Freiheit). In einem Aufsatz thematisiert Gerhard Neumeier die »Rückkehrer« in den Bezirk Suhl in den Jahren 1961 bis 1972 anhand von »Befragungsprotokollen«, welche die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl im Bezirksaufnahmeheim Schmal kalden angefertigt hat (Neumeier, »Rückkehrer«). Henrik Bispinck beschäftigt sich in einem Aufsatz mit der Instrumentalisierung von Rückkehrern und Zuwanderern zu Propagandazwecken seitens der DDR (Bispinck, Anwerbung).

32 Dies mahnt Stöver in der Rezension des Bandes von Schmelz an.

Berliner Mauer von der Bundesrepublik in die DDR zogen. Einer breiteren Öffentlichkeit ist deren Migration lediglich durch den Fall von Horst Kasner bekannt, dem Vater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der aus Berlin-Pankow stammende Kasner siedelte nach dem Theologiestudium in Heidelberg, Bielefeld und Hamburg 1954 in die DDR über; Frau und Kind folgten ihm wenig später nach.³³ Abgesehen von diesem prominenten Fall handelt es sich bei der Übersiedlung im kirchlichen Bereich um einen fast vergessenen Vorgang während der Zeit der deutschen Teilung, der hier in Erinnerung gebracht und erforscht werden soll.³⁴

Methodisch knüpft die Arbeit an zwei Forschungsansätze bzw. -richtungen an: an den Ansatz einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« und an die historische Migrationsforschung.

Nach 1990 stellte sich die Frage, wie zukünftig die Geschichte Deutschlands zwischen 1945 und 1989 zu untersuchen und zu beschreiben sei.³⁵ Vornehmlich zwei Möglichkeiten werden seither in der Forschung diskutiert.³⁶ Zum einen das kontrastierende Denkmodell, das die Gegensätzlichkeiten von deutscher Demokratie und deutscher Diktatur herausarbeitet. Es verfolgt die getrennten und vielfach konträren Entwicklungslinien der beiden deutschen Staaten und stellt beispielsweise die Verwestlichung der bundesdeutschen Gesellschaft der Veröstlichung der DDR-Gesellschaft gegenüber.³⁷ Der beziehungsge-

33 Vgl. Reuth, *Leben*, 20 f.

34 Diese Gruppe wurde in der Forschung bislang kaum beachtet. Nur Christian Halbrock geht in seiner Studie über evangelische Pfarrer der Kirche Berlin-Brandenburg auf einigen Seiten darauf ein (153 f., 266-269, 294 f., 317-327).

35 Vgl. allgemein zu den Auseinandersetzungen darüber, wie die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte zu schreiben sei, von wem, mit welchem methodischen Zugang und auf welcher Quellenbasis Kocka, *Geschichte*; Niethammer, *Überlegungen*; Faulenbach, *Jahre*; Möller, *Abgrenzung*. – Aus theologischer Sicht und mit Blick auf die Kirchen in beiden deutschen Staaten: Rendtorff, *Staaten*.

36 Vgl. hierzu Bauerkämper, *Zeitgeschichte*, 14 ff.; Kocka, *Geschichte*.

37 Diesem Ansatz folgt z. B. der von Jarausch und Siegrist herausgegebene Band »Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970«.

schichtliche bzw. verflechtungsgeschichtliche Ansatz konzentriert sich hingegen auf die »Verflechtung in der Abgrenzung« zwischen den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen auf dem Boden einer Nation. Diese Perspektive rückt die Geschichte der Bundesrepublik sowie der DDR in einen engen Zusammenhang, ohne dass sie als eigene Untersuchungsgegenstände aufgelöst werden. Die Frage nach dem deutsch-deutschen Zusammenhang dient sowohl der Erschließung der DDR-Geschichte als auch der Neubetrachtung der Geschichte der Bundesrepublik. In Rechnung zu stellen ist jedoch dabei der von der Forschung herausgearbeitete, ausgeprägt asymmetrische und hierarchische Charakter dieser Beziehung, da die Bundesrepublik eine größere Rolle für das politische Verhalten und den Alltag der DDR spielte als umgekehrt. Mit dem Begriff einer »asymmetrisch verflochtenen Beziehungsgeschichte« bzw. der »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« wird dem Rechnung getragen.³⁸ Die beziehungsgeschichtliche Interpretationsdimension lässt sich zudem mit der vergleichsgeschichtlichen verbinden, um Verflechtung und Abgrenzung sowie Gemeinsames und Trennendes in der doppelten deutschen Nachkriegsgeschichte freizulegen.³⁹ Dabei gilt es, die wirksa-

Seine Besonderheit ist der Vergleich von Amerikanisierung und Sowjetisierung, »der den Zugang für eine vergleichende deutsch-deutsche Gesellschafts- und Kulturgeschichte im internationalen Kontext bildet« (27).

38 Kleßmann, *Vergangenheiten*, 12; vgl. auch Ders., *Spaltung*, 30. Kritisch zu Kleßmann, indem sie den Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur betonen: Wentker, *Abgrenzung*, 10; Möller, *Demokratie*, 3. Wentker plädierte im Jahr 2005 dafür, weiterhin auch die »getrennte Entwicklung beider Teilstaaten« zu erforschen (13). Eine von Hermann Wentker und Udo Wengst 2008 herausgegebene Essaysammlung zum »doppelten Deutschland« enthält dann 15 politikgeschichtliche Beiträge zur deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte und Wahrnehmungsgeschichte. Chancen und Grenzen von Kleßmanns verflechtungsgeschichtlichem Konzept zeigen die Beiträge des u.a. von Brunner 2013 herausgegebenen Sammelbandes: *Asymmetrisch verflochten?*

39 Für eine deutsch-deutsche Vergleichs- und Beziehungsgeschichte plädieren Bauerkämper / Sabrow / Stöver, *Zeitgeschichte*, 16. Jarausch wies Wege zu einer »Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten« und sprach sich für ein »plurale[s] Sequenzenmodell der Geschichte der Deutschen zwischen 1945 und 1990« aus (Ders., *Teile*, 30).

men Traditions- und Problembestände der gesamtdeutschen Geschichte vor 1945 zu berücksichtigen, die sowohl das Wechselverhältnis als auch die inneren Zustände beider deutschen Gesellschaften beeinflusst haben. Des Weiteren dürfen internationale Konstellationen wie der Kalte Krieg und die Entspannungspolitik nicht außer Acht gelassen werden.

Zu Recht hat Christoph Kleßmann die evangelischen Kirchen im geteilten Deutschland aufgrund ihres engen Kontakts als ein besonders geeignetes Feld für beziehungs-geschichtliche Untersuchungen hervorgehoben.⁴⁰ Aufgrund der organisatorischen Ost-West-Einheit der evangelischen Kirchen in der EKD, wie sie im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit noch existierte, ist auf ein hohes Maß an Wechselwirkungen bei den Kirchen selbst, aber auch in der Kirchenpolitik der beiden deutschen Staaten zu schließen, so dass sich ein beziehungs-geschichtlicher Ansatz anbietet. Dabei ist jedoch stets zu berücksichtigen, dass die evangelischen Kirchen seit 1945 trotz eines Fonds an Gemeinsamkeiten in zwei zunehmend divergierenden Kontexten existierten. Im Westen agierten sie in einem liberal-demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaat mit sozialer Marktwirtschaft und verstärkt pluraler Gesellschaft; im Osten wirkten sie unter einer diktatorischen Herrschaft⁴¹ in einer zunehmend »durchherrschten Gesellschaft«⁴². Beide Kontexte führten bei Kirchen und Christen zwangsläufig zu Anpassungsprozessen an die jeweilige politische, soziale und kulturelle Entwicklung und damit auch zu einer wechselseitigen Entfremdung.

40 Kleßmann, *Verflechtung*, 37. Jarausch mahnte 2004 eine solche beziehungs-geschichtliche Studie über die evangelische Kirche an (Ders., *Teile*, 25). Kurt Nowak hatte solche Studien bereits 1992 gefordert (Nowak, *Die Evangelischen Kirchen*, 236). Zwischenzeitlich sind mehrere Sammelbände und Einzelstudien mit beziehungs-geschichtlicher Perspektive erschienen: Hübner, *Diakonie*; Mehlhausen, *Staaten*; Lepp, *Kirche*; Palm, *Brüder*; Lepp, *Tabu*; Beier, *Kirchwerdung*; Rittberger-Klas, *Kirchenpartnerschaft*; Silomon, *Anspruch*; Kunter, *Hoffnungen*.

41 Während über den Diktaturcharakter des SED-Regimes in der Forschung weitgehend Einigkeit besteht, wird der Begriff der Diktatur hingegen unterschiedlich interpretiert. Einen knappen Überblick über die Forschungsdiskussion gibt Ihme-Tuchel, *DDR*, 89-95.

42 Vgl. Kocka, *Sonderweg*, 104 ff.

Die Migration zwischen den beiden deutschen Staaten kann als »eine Verflechtungsthematik par excellence« gelten.⁴³ Aus den genannten Gründen gilt dies für die deutsch-deutschen Wanderungsbewegungen im kirchlichen Bereich in einem noch stärkeren Maße.

Migration bezeichnet als Oberbegriff zumeist »die auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen«. ⁴⁴ Ein noch weiterer Migrationsbegriff umfasst alle »Ortsveränderung unter Ausschluss von Dienst-, Erholungs- oder Studienreisen, aber unter Einbeziehung z. B. von Nomadentum und Pendlerwanderung«. ⁴⁵ Seit den achtziger Jahren hat die Migrationsforschung viele neue Ansätze und Konzepte entwickelt. ⁴⁶ Zu der traditionellen, stark auf staatliche Grenzen und staatliche Maßnahmen orientierten Forschung kamen neue handlungstheoretische und prozessorientierte Ansätze hinzu. Letztere ziehen den Prozess der Migration in ihre Betrachtungen mit ein, d. h. die Entstehung von Wanderungsbereitschaft, die konkrete Entscheidung zum Verlassen des Ausgangsraumes, die Reise zum gewählten Zielort sowie die Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft. Im Blick sind aber auch Migrationsregime sowie Wanderungssysteme.

Die vorliegende Studie möchte beides in den Blick nehmen: die West-Ost-Migration als Sozial- und als Individualprozess. Überindividuelle Wirkungszusammenhänge und Bestimmungsfaktoren werden ebenso berücksichtigt wie Individualverhalten.

43 Brunner, *Asymmetrisch verflochten?*, 15. Jeannette van Laak untersucht in dem von Brunner u. a. herausgegebenen Sammelband die Frage, ob das Notaufnahmelager in Gießen ein Seismograph der deutsch-deutschen Beziehungen war.

44 Oltmer, *Migration*, 1.

45 Marschalck, *Forschungsfeld*, 5.

46 Vgl. hierzu und zum folgenden Hoerder, *Terminologien*, hier 28. Zur sozialhistorischen Migrationsforschung, die sich auf die historisch-sozialwissenschaftliche Beschreibung, Analyse und Erklärung von Migrationen als Kollektivphänomenen konzentriert, vgl. Bade, *Migrationsforschung*. Zum längere Zeit nicht ganz unproblematischen Verhältnis von Migrationsforschung und deutscher Zeitgeschichtsforschung vgl. Esch, *Zeitgeschichte*.

Ihr Untersuchungsraum ist das Gebiet der beiden deutschen Teilstaaten und damit aller evangelischen Landeskirchen, denn West-Ost-Migration fand in nahezu allen Gliedkirchen der EKD statt, wenn auch in deutlich unterschiedlichem Umfang. Am stärksten war sie in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, die von der deutschen Teilung unmittelbar betroffen war. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre zwischen Kriegsende und Mauerbau. Behandelt wird damit die Phase, in der die quantitativ stärkste Wanderungsbewegung stattfand. Der Mauerbau bedeutete zahlenmäßig eine tiefe Zäsur in der West-Ost-Wanderung im kirchlichen Bereich. Danach kam es nur noch in wenigen Fällen, vornehmlich im Rahmen der Familienzusammenführung, zu einer Übersiedlung in die DDR.

Die West-Ost-Migration im kirchlichen Bereich wird von drei Akteuren bestimmt: erstens den Staaten, insbesondere der DDR, zweitens den Kirchen, und drittens den Übersiedlern selbst. Die Gliederung der Studie folgt im Wesentlichen dieser Akteursstruktur, lediglich das erste Kapitel, in dem die Ausgangssituation nach dem Kriege thematisiert wird, weicht davon ab.

Im zweiten Kapitel wird die Steuerung und Begrenzung des West-Ost-Wanderungsgeschehens im kirchlichen Bereich durch das SED-Regime thematisiert. Die staatliche Einflussnahme bestimmte entscheidend die Umsetzung und Gestaltung von Übersiedlungsoptionen. Es wird danach gefragt, inwiefern sich die Haltung der DDR gegenüber den Übersiedlungen im kirchlichen Bereich von ihrer generellen Zuwanderungsförderung oder -begrenzung und deren Phasenverlauf unterschied. Auf Seiten der Bundesregierung scheint diese Gruppe keine besondere Beachtung bzw. keine spezielle Behandlung erfahren zu haben. Bezogen auf die allgemeine West-Ost-»Binnenwanderung« bzw. »Rückwanderung« wurde in der Bundesrepublik deren unpolitischer Charakter herausgestrichen.

Die Haltung der Kirchen zu der West-Ost-Wanderung in ihrem Bereich ist Thema des dritten Kapitels. Als Handlungsträger werden sowohl die ostdeutschen und westdeutschen Landeskirchen als auch die gesamtdeutsche EKD in den Blick

genommen. Untersucht werden ihre jeweilige Haltung gegenüber den Übersiedlungen sowie ihre Versuche, auf diese Einfluss zu nehmen. Berücksichtigt wird auch die besondere Situation der Exklaven westdeutscher Landeskirchen in der DDR.

Das letzte und umfangreichste Kapitel handelt von den Migranten selbst. Nach einem Überblick über die politische, wirtschaftliche und kirchliche Situation in der Ausgangs- und Aufnahmegesellschaft wird jeweils getrennt für Neuzuziehende und Rückkehrer der Umfang, Phasenverlauf und die regionalen Schwerpunkte des Wanderungsgeschehens, das soziodemographische Profil und die Motivstruktur der Migranten sowie deren Integration bzw. Rückwanderung analysiert.

Die Untersuchung basiert auf der Auswertung von Forschungsliteratur, publizierten Quellen sowie Materialien aus mehreren kirchlichen und staatlichen Archiven. Als besondere Quellengattung kommen schriftliche Zeitzeugenbefragungen hinzu.⁴⁷ 101 Zeitzeugen wurden angeschrieben, 70 von ihnen gaben schriftlich – zumeist anhand eines ausgefüllten standardisierten Fragebogens⁴⁸ – Auskunft.⁴⁹ Die hohe Antwortquote (69,30 %) zeugt vom Interesse der Betroffenen, dieses Kapitel deutsch-deutscher Kirchengeschichte aufgearbeitet zu wissen.

47 Zur Methode der Zeitzeugenbefragung und zu den Besonderheiten dieser Quellengattung vgl. Grosser, Möglichkeiten; Grosser, Oral. Zu den Vor- und Nachteilen einer schriftlichen Befragung siehe Schnell, Methoden, 351-353.

48 Es wurde je ein Fragebogen für Neuzuziehende und Rückkehrer entwickelt. Den Angeschriebenen wurde es selbst überlassen, den Fragebogen auszufüllen oder aber die Fragen in Form eines Briefes zu beantworten. Damit sollte möglichen Vorbehalten gegenüber Fragebögen begegnet werden. Ebenso konnten sie darüber entscheiden, ob ihre Auskünfte anonym oder namentlich in der Arbeit ausgewertet würden. Die große Mehrheit entschied sich für eine namentliche Nennung. In der Studie werden die Fragebögen mit dem Namen des Befragten und dem Datum der Ausfüllung des Fragebogens zitiert.

49 Das Ausbleiben von Antworten lässt sich auf drei Gründe zurückführen: Die Befragten gehörten – trotz anderslautender Hinweise – nicht zur Untersuchungsgruppe; die Angeschriebenen waren bereits verstorben oder in einer schlechten gesundheitlichen Verfassung; die Angeschriebenen wollten der Verfasserin über diese Station ihres Lebens keine Auskunft geben.

1. Der Pfarrermangel in der Sowjetischen Besatzungszone – Ursachen und Gegenmaßnahmen

Von der deutschen Bevölkerung wurden die ersten Nachkriegsjahre im besetzten Deutschland vor allem als eine Zeit alltäglicher Existenznöte erfahren.¹ Die Menschen waren damit beschäftigt, Nahrungsmittel und Kleidung zu beschaffen sowie Wohnraum wiederherzustellen. In dieser »Zusammenbruchsgesellschaft« (Christoph Kleßmann) mit ihrer wirtschaftlichen, sozialen, aber auch psychosozialen Not entwickelten sich die rasch wieder institutionell funktionsfähigen Kirchen zur »Fürsprecherin«² des deutschen Volkes gegenüber den Besatzungsmächten und der Weltöffentlichkeit. Die Tatsache, dass nahezu alle Deutschen einer der beiden Großkirchen angehörten und sich neben der quantitativen auch die qualitative Kirchenzugehörigkeit in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorübergehend erhöhte,³ gab den Kirchen Rückhalt in dieser Sprecherrolle.

Ihre oppositionelle Haltung zur nationalsozialistischen Weltanschauung im »Kirchenkampf« machte die Kirchen und Religionsgemeinschaften für die Alliierten vertrauenswürdig.⁴ Nicht zuletzt aufgrund dieses Widerstandsnimbus erfuhren sie nach Kriegsende von den Militärverwaltungen der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone eine wohlwollende Behandlung.⁵ Das galt prinzipiell auch für die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), obgleich es neben Belegen entgegenkommender Hilfe auch solche für eine restriktive Praxis gibt.⁶ Zu vereinzelt

1 Vgl. zum Folgenden: Lepp, Tabu, 49 f.

2 Kundgebung, 48 f.

3 Vgl. Greschat, Christenheit, 71.

4 Vgl. Wolgast, Wahrnehmung, 183. Vgl. zum Folgenden auch: Lepp, Tabu, 35.

5 Zur Kirchenpolitik der Besatzungsmächte vgl. Boyens, Kirchenpolitik; Vollnhals, Kirche; Thierfelder, Kirchenpolitik; Baginski, politique; Onnasch, Situation; Nowak, Christentum, 302 ff.; Besier, Kirche, Bd. 1 und 2; Greschat, Christenheit, 30-52.

6 Vgl. Nowak, Christentum, 306; Ueberschär, Gemeinde, 60-65.

Spannungen und Konflikten kam es aber auch mit den anderen Besatzungsmächten. Die insgesamt jedoch privilegierte Stellung der Kirchen in den vier Besatzungszonen schloss den Erhalt des kirchlichen Vermögens ebenso ein wie Reisemöglichkeiten für Kirchenvertreter und die Ausnahme von Versammlungsverboten. Auch blieb ihr die volkscirchliche Neu- bzw. Reorganisation auf institutioneller wie personeller Ebene weitgehend selbst überlassen. Hier verfügte die evangelische Kirche bei Kriegsende über den großen Vorteil, dass sie trotz aller äußeren Zerstörungen und inneren Konflikte neben der katholischen Kirche als einziger großer gesellschaftlicher Verband noch über eine relativ funktionsfähige Organisation verfügte, zunächst vor allem auf landeskirchlicher Ebene, wo die Reorganisation schnell vonstattenging. In allen Leitungen der Landeskirchen waren nun auch Mitglieder der Bekennenden Kirche vertreten; keine der Kirchenleitungen bestand aber ausschließlich aus bekennniskirchlichen Kräften.

Auch auf nationaler Organisationsebene erlangte der deutsche Protestantismus trotz der schwierigen Kommunikationsbedingungen in der Nachkriegszeit erstaunlich schnell institutionelle Handlungsfähigkeit. Auf einer zonenübergreifenden »Kirchenführerkonferenz« im hessischen Treysa einigten sich die Kirchenvertreter am 31. August 1945 auf eine vorläufige Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD); die endgültige Annahme der Grundordnung erfolgte dann am 13. Juli 1948 in Eisenach.⁷ Innerkirchlich handelte es sich bei der Gründung der EKD um einen hart errungenen, fragilen Kompromiss.⁸ Der Wunsch vieler, vor allem in den Bruderschaften, das Erbe der Bekennenden Kirche in eine kirchlich-dogmatische Einheit auf der Grundlage der Barmer Theologischen Erklärung zu überführen, scheiterte am Widerstand der Lutheraner, die nur einen Bund bekennnisverschiedener Kirchen akzeptierten. Die tiefen konfessionellen und kirchenpolitischen Differenzen innerhalb des deutschen Protestantismus waren mit der Gründung der EKD nicht überwunden.

7 Vgl. Smith-von Osten, Treysa; Besier, Kirche, Bd. 1.

8 Vgl. Lepp, Tabu, 83.